

Fahrplan ins virtuelle Amt

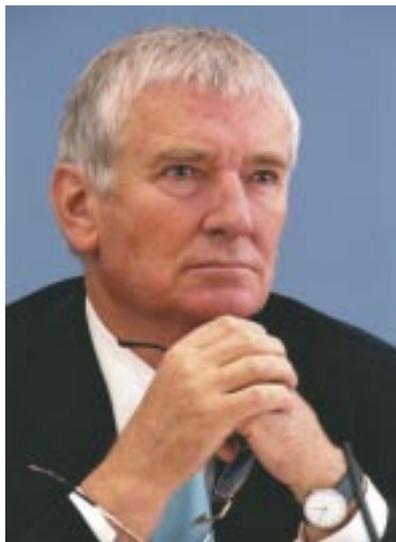
Die Uhr tickt: Mit dem von der Bundesregierung vorgelegten e-Government-Masterplan sollen bis 2005 Deutschlands Amtsstuben entmottet werden. Der Staat, hofft Otto Schily, könne so 400 Millionen Euro im Jahr sparen.

Innenminister Otto Schily will „eine moderne Verwaltung schaffen, die mehr leistet und weniger kostet“. Den Weg frei machen soll dafür der „Vier-Jahres-Plan“ in Sachen e-Government, der vom Bundeskabinett Ende letzten Jahres verabschiedet wurde. Der Masterplan legt fest, wann welche Bundesbehörde mit welcher Dienstleistung online gehen soll. Erarbeitet wurde der Fahrplan von einer Projektgruppe unter Führung des Bundesinnenministeriums zusammen mit Fachleuten des Beratungsunternehmens Booz Allen Hamilton. Vorgegangen war eine Analyse des gesamten Aufgabenumfangs der Bundesverwaltung und die Festlegung eines vollständigen Dienstleistungsportfolios des Bundes.

Der Startschuss für das Programm „Moderner Staat – Moderne Verwaltung“ fiel im Dezember 1999. Mit der e-Government-Initiative BundOnline 2005 hat Bundeskanzler Gerhard Schröder im September 2000 die zweite Phase eingeläutet. Seitdem verhelfen auf Bundesebene 18 Modellprojekte den Amtsstuben ins elektronische Zeitalter.

Bereits in der Praxis bewährt haben sich „BaföG-online“ für die Rückzahlung von Ausbildungsdarlehen und das digitale Antragsver-

fahren für Kommunen zur Herstellung von Reisepässen und Personalausweisen. Mancherorts ist aber noch einiges stark verbesserungswürdig. Beim Stelleninformationsservice des Arbeitsamtes beispielsweise haben die Arbeitgeber keine



e-Government im Blick: Otto Schily.

Möglichkeit, Stellenanzeigen selbst aufzugeben, zu ändern oder wieder zu löschen.

Mit dem Umsetzungsplan soll sich das alles nun ändern. Durch das nach Schilys Angaben größte e-Government-Programm Europas sollen Online-Dienstleistungen in allen Bundesbehörden bald nicht mehr die Ausnahme sein, sondern die Regel. Der Umsetzungsplan verpflicht-

et bis Ende 2005 über 100 Bundesbehörden, exakt 376 Dienstleistungen ganz oder teilweise über das Internet abzuwickeln. Dazu gehören zum Beispiel die Musterung von 400.000 Wehrpflichtigen jährlich, 72.000 Anträge auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer, 20 Millionen Anträge für staatliche Fördermaßnahmen und 50 Millionen Zoll-erklärungen. Für jede einzelne Dienstleistung wurde ein Plan der Online-Bereitstellung erarbeitet. Bei bereits begonnenen erfolgreichen Online-Dienstleistungen springt BundOnline 2005 mit auf. Lediglich so genannte Realakte wie Leistungen des Technischen Hilfswerks und Personenschutz wurden als nicht online-tauglich befunden.

Einige Dienste, die von der gesamten Bundesverwaltung genutzt werden können, sollen zentral verfügbar gemacht werden. Dazu gehören ein zentraler Formular-Server und eine Zahlungsplattform für die Abwicklung der Verwaltungsgebühren. Diese stehen aber erst ab 2003 zur Verfügung. Ungeklärt ist darüber hinaus, wie die digitale Signatur zur Authentifizierung aussehen soll. Am Anfang wird sich also die digitale Bürokratie im Ausfüllen von Online-Formularen und in der Bereitstellung von Informationen im Internet erschöpfen. Vorerst wird dem Bürger



Der Bund geht ins Netz: 376 Dienstleistungen sollen virtualisiert werden.

daher der Gang aufs Amt noch nicht erspart. In Zukunft soll jedoch das Dienstleistungsportal unter der Adresse www.bund.de mehr und mehr an die Stelle der Behörde treten. Der Masterplan sieht vor, diesen zentralen Zugang zur Bundesverwaltung weiter auszubauen. Das Portal bietet umfangreiche Informationen zu Regierung und Staat, verfügt jedoch kaum über interaktive Elemente. Transaktionen zwischen Verwaltung und Bürgern beschränken sich auf das Herunterladen einiger Formulare, die dann allerdings auf dem traditionellen postalischen Weg zur zuständigen Behörde gelangen.

Bei der Schaffung von gemeinsamen Standards und zentralen Lösungen wollen die Webpioniere der Bundesregierung den Umstand nutzen, dass viele Dienstleistungen, obwohl sie unterschiedliche Inhalte und Adressaten haben, von der Struktur her ähnlich sind: Ob ein polizeiliches Führungszeugnis, eine Zollausfuhreklärung oder die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer beantragt wird – der Verwal-

tungsablauf, der sich dahinter verbirgt, ist der gleiche. Für die zentralen Lösungen will Schily so genannte Kompetenz-Center aufbauen. Sie sollen zum Austausch von Know-how und Erfahrungen in der Bundesverwaltung beitragen und verhindern, dass mehrfach in verschiedenen Behörden die gleiche IT-Anwendung entwickelt wird.

Die 376 Dienstleistungen der Bundesverwaltung online zu stellen, kostet den Steuerzahler bis Ende 2005 rund 1,65 Milliarden Euro. Das Geld wird zu einem Großteil aus dem Topf für Informationstechnik fließen. Für das laufende Jahr stellt die Regierung zusätzlich 20 Millionen Euro für die zentralen und koordinierenden Aufgaben als Anschubfinanzierung bereit. Die größten Einsparungen verspricht die Digitalisierung von Antragsverfahren, Fördermaßnahmen sowie der öffentlichen Beschaffung. Durch die vollständige Umsetzung von BundOnline bis 2005 will der Innenminister jährlich rund 400 Millionen Euro sparen. Allerdings

wird geschätzt, dass für die laufenden Kosten nach 2005 jährlich gut 300 Millionen Euro aufzuwenden sein werden. Die tatsächlichen Einsparungen würden sich damit auf rund 100 Millionen Euro verringern. Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn die Bürger auch in das ihnen eröffnete virtuelle Rathaus gehen. Nach Angaben des Pressesprechers der Stabsstelle Moderner Staat müssten die Nutzungszahlen für Online-Dienstleistungen zwischen 10 und 30 Prozent liegen, damit das prognostizierte Einsparpotenzial erreicht wird. Ein hochgestecktes Ziel. Bei den Niederländern, die in Europa am häufigsten online aufs Amt gehen, liegt die digitale Ausschöpfung bei 20 Prozent.

Mit dem Masterplan ist Bewegung in das e-Government-Projekt der Regierung gekommen, das Bundeskanzler Schröder Anfang letzten Jahres zur Chefsache erklärt hatte. Vergeblich sucht man allerdings in dem fast 70 Seiten starken Umsetzungsplan nach konkreten zeitlichen Angaben, wann die einzelnen Dienstleistungen online verfügbar sein sollen. Wie schnell mit dem Fahrplan die Reise in die digitale Zukunft geht, wird sich also zeigen. Bislang liegt Deutschland in Sachen e-Government nach einem internationalen Vergleich noch abgeschlagen auf Platz 15.

Udo Renner

Web-Service

Der e-Government-Umsetzungsplan der Bundesregierung und eine Beschreibung der Modellprojekte sind im Internet als PDF-Datei erhältlich:

- www.bmi.bund.de